

Rüdiger Kruse

- (A) vince. Das sind nicht wir. Wir sind ein föderalistisches Land und haben diese Vielfalt, weil es ganz viele Subzentren gibt. Es lohnt sich, hier zu überlegen und mit den Ländern in einen konstruktiven Dialog darüber einzusteigen, ob wir analog zu dem vorgehen sollten, was wir bei den Universitäten tun, nämlich die Exzellenz zu fördern und unterstützend tätig zu werden, wenn Länder etwas erbringen, was national und international von Bedeutung ist.

Wir müssen das, was im Koalitionsvertrag steht, abarbeiten und die Dinge in Angriff nehmen, die wir für die nächste Zukunft wirklich lösen müssen. Ich glaube, wenn wir diese Mischung erreicht haben, dann stehen wir am Beginn einer für uns sehr guten Zeit, und das ist dann auch ein Signal dafür, dass es der vielen Mühe wert ist, für Stabilität in diesem Land zu sorgen und die kulturelle Freiheit in einem geordneten Rechtsstaat zu erhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Ulle Schauws für Bündnis 90/Die Grünen.

Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Kaum ein Thema beschäftigt die Kulturszene im Moment so sehr wie die laufenden TTIP-Verhandlungen. Die Aufregung ist groß, und darum will ich hier jetzt darauf eingehen, weil Staatsministerin Grütters das gerade nicht getan hat.

Die gebetsmühlenartigen Beteuerungen seitens der Bundesregierung, die Kultur sei von den Verhandlungen ausgenommen, kann die Gemüter nicht beruhigen, und ich meine: zu Recht. Meine Damen und Herren von der Bundesregierung, ich frage Sie: Wer würde denn auf die Idee kommen, seine Blankounterschrift auf ein leeres Blatt Papier zu setzen? Wenn es um TTIP geht, erwarten Sie quasi genau das von den Bürgerinnen und Bürgern. Ich sage Ihnen: Ein völlig intransparentes Verfahren mit einem „Wird schon gut gehen“ zu legitimieren, reicht mir nicht, und es reicht mir auch nicht, darüber zu spekulieren, wie eine Ausnahme für die Kultur am Ende wirklich aussehen könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Spekulationen über eine mögliche Ausnahme in der Präambel, unklar, in welchem Kontext, und unklar, mit welcher Wirkung: Das ist keine Information, das ist ein Placebo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie des Abg. Harald Petzold [Havelland]
[DIE LINKE])

Kulturelle Güter haben einen Wert, der über das Materielle weit hinausgeht. Deshalb haben wir alle uns hier in Deutschland und in Europa immer für den besonderen

- Schutz der kulturellen Güter ausgesprochen – nicht zuletzt durch eine UNESCO-Konvention. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, sich nicht daran halten, dann verletzen Sie nicht nur die Grundwerte dieser Konvention. Nein, wenn Sie dem kulturellen Ausverkauf durch TTIP Tür und Tor öffnen, dann stellen Sie auch unsere kulturelle Vielfalt zur Disposition und gefährden unsere Daseinsvorsorge auf fundamentale Weise, und das geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Marco
Wanderwitz [CDU/CSU]: Jetzt ist es mal gut!)

Frau Grütters, Sie wollen uns immer glauben machen, dass Sie eine der entschiedensten Gegnerinnen des TTIP-Abkommens sind – zumindest in Bezug auf den kulturellen Bereich. Wenn es Ihnen mit der Kultur und mit den Ausnahmen für die Kultur wirklich so ernst ist, dann fordern Sie keine Generalklausel, deren Wirkung Sie nicht kennen! Sie müssen dann schon konkreter werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir erwarten von Ihnen eine nachhaltige Kulturpolitik, eine Kulturpolitik, die ihre Projekte nicht anfängt und erst dann schaut, wohin die Reise geht – wie jetzt bei TTIP oder wie beim Humboldtforum, um noch ein prominentes Beispiel zu nennen. Mitten in Berlin wächst und wächst der Rohbau des Berliner Schlosses, aber er wächst noch immer ohne inhaltliche Substanz, und das, Frau Grütters, ist keine nachhaltige Kulturpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Noch ein Thema der Kategorie „Ende offen“ steht auf der Agenda der Kulturpolitik: der Neubau für ein Museum der Kunst des 20. Jahrhunderts hier in Berlin. Seit über einem Jahr reden Sie jetzt über diesen Neubau, Frau Grütters. Bis heute ist aber auch hier nichts Substanzielles passiert: kein Budget, kein Zeitplan. Das Ende ist offen – wie so oft.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Letzter Redner in der Debatte ist Burkhard Blienert für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Burkhard Blienert (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen habe ich mit Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Kultur und Medien die europäischen Kulturhauptstädte 2014 besucht: Umeå in Schweden und Riga in Lettland. Insbesondere in Lettland begegnete uns ein Thema sehr intensiv, welches heute Vormittag in der Gedenkstunde und auch in den Reden meiner Kollegin

Burkhard Blienert

- (A) Hiltrud Lotze und meines Kollegen Kruse eine wichtige Rolle gespielt hat: die Erinnerung an die Zeit der sowjetischen Besatzung und die immense Bedeutung der europäischen Integration für diese Staaten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in der Ukraine wurde uns deutlich vermittelt, wie wichtig die mediale Berichterstattung und die Vielfalt der Medien sind. Lettland ist ein kleines Land, kaum groß genug für ein eigenes, vielfältiges und unabhängiges Medienangebot. Unsere Medienlandschaft dient dort als Vorbild für eine neue Struktur. Ich beschreibe dies, weil wir mit der konkreten Erwartung konfrontiert waren, den Aufbau eines unabhängigen und vielfältigen Medienangebotes zu unterstützen.

Dabei fällt mir auf Bundesebene natürlich zuerst die Deutsche Welle ein. Diese bietet auch in dieser Region ein wichtiges Informationsangebot und ermöglicht es Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt, an der Medienakademie das Handwerk des guten Journalismus zu erlernen. Ich spreche diesen Punkt an, weil wir mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in der Verantwortung sind, die Arbeit der Deutschen Welle so zu finanzieren, dass sie das leisten kann, was von ihr erwartet wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Bund Kunst und Kultur fördert, dann geht es vor allem darum, unser reiches kulturelles Erbe zu sichern und unsere Erinnerungskultur zu pflegen. Es geht darum, neue Impulse zu setzen, das Innovative, das Zeitgenössische zu fördern. Wir wollen die kulturelle Infrastruktur unseres Landes in ihrer ganzen Vielfalt erhalten. Wir wollen den Menschen unabhängig von ihrer sozialen und individuellen Situation kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien für das laufende Jahr wird diesen Aufgaben gerecht. Mit dem Haushalt für 2015 wollen wir das konsequent fortführen. Damit setzen wir weiter um, was wir uns mit unserem Koalitionspartner vorgenommen haben.

Lassen Sie mich nun einige Bereiche herausgreifen. Der Erhalt von Denkmälern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Dabei hat sich das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes in den vergangenen Jahren als besonders wirksamer Beitrag zur Pflege der kulturellen Infrastruktur in der Fläche bewährt. Beim Tag des offenen Denkmals am kommenden Sonntag können wir uns allerorten davon wieder überzeugen. Deshalb unterstützt der Bund seit Jahren Substanzerhaltung und Restaurierung dieser Baudenkmäler. Auch in diesem Jahr werden wir uns bei den Haushältern dafür starkmachen müssen, dass die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Unser neues Förderprogramm für die Kinodigitalisierung ist ein weiteres Beispiel dafür, wie erfolgreich der Bund in die Fläche hineinwirkt und für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur sorgt; ein Programm übrigens, das wir in Umsetzung des Koalitionsvertrages ebenfalls im letzten Haushaltsverfahren beschlossen haben. Damit sichern wir zugleich das Angebot zu kultureller Teil-

- habere, gerade auch in den kleineren Orten und in den ländlichen Regionen. (C)

Unser kulturelles Erbe umfasst auch ein reiches Film-erbe. Hier stehen wir vor immensen Herausforderungen. Zwei Dinge sind im Wesentlichen zu leisten: Einerseits müssen die Filmträger, seien es Filmrollen oder auch schon digitale Medien, gesichert werden. Viele sind akut vom Verfall bedroht, und es gibt bereits unwiederbringliche Verluste. Wir müssen das Material retten, und wir müssen nach Lösungen suchen, wie wir es langfristig erhalten können.

Andererseits drohen viele Schätze in den Archiven zu verstauben, weil sie die Menschen nicht mehr erreichen. Ich habe eben von der Kinodigitalisierung gesprochen. Das bedeutet, dass die alten Filme auf analoger Rolle logischerweise nicht mehr auf die Leinwand gebracht werden können. Sie müssen erst digitalisiert werden. Das eröffnet natürlich auch neue Möglichkeiten; denn Filme werden heutzutage nicht nur im Kino, sondern immer häufiger über das Internet konsumiert.

Wir stehen also vor der großen Aufgabe, unser Film-erbe zu digitalisieren.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wir brauchen Konzepte!)

Die ersten Schritte dazu sind getan. In den vergangenen Jahren sind für diesen Zweck auch Mittel bereitgestellt worden, die allerdings ebenfalls nicht fortgeschrieben wurden. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diesen Prozess gemeinsam mit allen Verantwortlichen auf „Dauer“ zu stellen. Dazu gehört es auch, die Einrichtungen des Kinematheksverbundes – die Stiftung Deutsche Kinemathek, das Deutsche Filminstitut und das Bundesfilmarchiv – weiter zu stärken. (D)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für den Deutschen Filmförderfonds. Unser vorrangiges Ziel ist es, den überaus erfolgreichen Einsatz von Fördermitteln auf „Dauer“ zu stellen – und das auf hohem Niveau.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er wird aber zurückgefahren!)

Im Etatentwurf stehen 50 Millionen Euro für diesen Zweck. Ich werde mich im weiteren Verfahren dafür einsetzen, dass wir die deutsche Filmwirtschaft und den Filmproduktionsstandort Deutschland am Ende wieder mit 60 Millionen Euro fördern können. Die Erfahrung in der Vergangenheit hat gezeigt, dass jeder Förder-Euro aus dem DFFF 6 Euro an Investitionen auslöst. Und das bringt nicht zuletzt auch Beschäftigung für viele Filmschaffende.

(Beifall bei der SPD – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Aber dann darf man nicht kürzen!)

Die Debatte über den nächsten Einzelplan schließt insofern nahtlos an dieses Thema an. Denn Filmförderung ist im wahrsten Sinne auch kulturelle Förderung und Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der SPD)

Burkhard Blienert

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen Posten im Haushalt ansprechen, der mich ganz besonders freut: der neue Preis für unabhängige Buchhandlungen. Denn gerade die „geistigen Tankstellen“, wie Helmut Schmidt die Buchhandlungen einmal bezeichnet hat, bilden die Grundlage für unsere vielfältige Buchkultur. Sie ermöglichen erst literarische Vielfalt und Qualität. Zudem sind sie Orte der Begegnung. Insofern ist das auch ein Preis, der insgesamt zur kulturellen Bildung beitragen sollte.

Abschließend noch ein paar Worte zur sozialen Absicherung der Kulturschaffenden. Wenn wir kulturelle Vielfalt erhalten wollen, müssen wir auch diejenigen im Blick haben, die das Hervorbringen von Kunst und Kultur zu ihrem Erwerb gemacht haben. Oftmals arbeiten sie unter prekären Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir uns als eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen die Künstlersozialkasse vorgenommen und auf sichere Beine gestellt. Ende des Jahres läuft aber die Regelung für den Arbeitslosengeldbezug von kurz befristet Beschäftigten aus. Besondere viele Kulturschaffende sind davon betroffen. Hier werden wir uns für eine vernünftige Anschlussregelung einsetzen, so wie wir es im Koalitionsvertrag angekündigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir haben schon einiges erreicht, aber wir müssen in den kommenden Haushaltsberatungen noch vieles umsetzen, was uns wichtig ist. Ich denke, das werden wir gemeinsam mit den Haushaltern und im Ausschuss beraten und dementsprechend auf den Weg bringen.

(B)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Einzelplan 09**.

Ich gebe das Wort an Sigmar Gabriel, den zuständigen Minister.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschlands Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren als sehr krisenfest und stark erwiesen. Wichtigster Beweis dafür waren steigende Beschäftigung, steigende Löhne und Gehälter und sinkende Arbeitslosenzahlen.

Auch jetzt, wo wir uns – nicht zuletzt aufgrund der internationalen Krisen – in einem schwierigeren Umfeld bewegen, erweisen sich der Arbeitsmarkt und die

Beschäftigung sowie die Entwicklung der deutschen Wirtschaft als robust. Die Exportzahlen im Juli sind auf 100 Milliarden Euro gestiegen. Und der leichte Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung, den wir im zweiten Quartal gesehen haben, hat eher etwas mit Vorzieheffekten in der Bauwirtschaft aufgrund des milden Winters zu tun als mit einem tatsächlichen konjunkturellen Problem. Aber viel wichtiger für die Menschen im Land ist, dass sich diese wirtschaftliche Entwicklung auch am Arbeitsmarkt weiter zeigt.

Wir haben mit über 42 Millionen Beschäftigten ein Rekordniveau bei den Arbeitsplätzen in Deutschland, und – das ist vielleicht noch wichtiger – wir haben mit mehr als 30 Millionen Beschäftigten auch ein Rekordniveau bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erreicht. Das ist mehr als eine halbe Million zusätzlich gegenüber dem letzten Jahr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Arbeitslosigkeit sinkt selbst im Vergleich zum Vorjahresmonat noch etwas, und vor allen Dingen steigen die Löhne und Gehälter in Deutschland. Das ist gut für die Binnenkonjunktur, und es ist übrigens das größte Umverteilungsprogramm, das man sich vorstellen kann, viel größer jedenfalls als das, was Änderungen in der Steuerpolitik jemals bewirken könnten. Es ist gut, dass in Deutschland für gute Arbeit auch wieder mehr gute Löhne und Gehälter gezahlt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hilft uns, das zu erreichen, was am heutigen Tag und auch gestern schon mehrfach angesprochen wurde, nämlich zum ersten Mal nach 46 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Mir fällt es immer noch schwer, zu verstehen, warum das in der Öffentlichkeit, aber auch im Parlament gelegentlich kritisiert wird. Denn abgesehen von der Tatsache, dass eine gute und solide Finanzpolitik das Vertrauen in den Investitionsstandort Deutschland stärkt, ist es, finde ich, auch sozialpolitisch richtig, keine Schulden zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer hat denn Interesse an steigender Staatsverschuldung? Das können doch nur Menschen sein, die so reich sind, dass sie eine Bank zu ihrem Eigentum zählen können; denn dort leiht sich der Staat das Geld. Aber die Menschen, die Steuergelder erarbeiten und an den Staat zahlen, wollen, dass in Schulen, Infrastruktur, Umweltschutz und soziale Sicherheit investiert wird, aber nicht mit immer mehr Anteilen von jedem Steuer-Euro in Zinsen, die wir für Staatsschulden zahlen. Insofern kann man, glaube ich, das Ergebnis gar nicht hoch genug loben und schätzen, dass wir es geschafft haben, mit Hilfe der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und ihrer Unternehmen in Deutschland dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)